



## **Schriftliche Anfrage**

der Abgeordneten **Annette Karl SPD**  
vom 08.04.2019

### **Blockchain-Technologie gezielt in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft nutzen**

Im Kabinettsbericht vom 02.04.2019 war zu lesen, dass Blockchain als digitale Schlüsseltechnologie weiterentwickelt und bestehende Potenziale für Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung genutzt werden sollen. Des Weiteren möchte die Staatsregierung Bayern zu einem Hotspot der Blockchain-Entwicklung machen und bis Mitte 2019 Potenziale identifizieren, wie Blockchain Verwaltungsabläufe effektiver gestalten kann.

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Im Rahmen welcher genauen Strategie hat die Staatsregierung vor, bis Mitte 2019 Blockchain-Potenziale in der Verwaltung auszumachen?
  - b) Wer legt diese Strategie fest?
  - c) Wie genau möchte die Staatsregierung Bayern zu einem sogenannten Hotspot in der Blockchain-Strategie machen?
2. Ab wann möchte die Staatsregierung Blockchain in den Verwaltungen etablieren?
3. Ist der Staatsregierung bekannt, wie hoch die Kosten hierfür sind?
4. a) Wann soll eine neue Themenplattform am Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) zum Thema Blockchain entstehen?
  - b) Wie viele finanzielle Mittel sind hierfür vorgesehen?
  - c) Wer soll die neue Themenplattform leiten?

## **Antwort**

**des Staatsministeriums für Digitales**  
vom 02.05.2019

1. a) **Im Rahmen welcher genauen Strategie hat die Staatsregierung vor, bis Mitte 2019 Blockchain-Potenziale in der Verwaltung auszumachen?**

Das Staatsministerium für Digitales hat in den vergangenen Monaten für die Entwicklung einer bayerischen Blockchain-Strategie Fachunterlagen ausgewertet und verschiedene Expertengespräche geführt. In diesem Rahmen spielt auch Blockchain in der öffentlichen Verwaltung eine wichtige Rolle. Die Frage nach entsprechenden Potenzialen in diesem Bereich wurde auch beim Roundtable am 07.02.2019 mit Vertretern aller Staatsministerien erörtert. Das Staatsministerium für Digitales hat zudem vor, sich zur Klärung u. a. dieser Fragen an einem Blockchain-Koordinierungsprojekt des IT-Planungsrates zu beteiligen. Außerdem werden weitere Experten eingebunden, um geeignete Anwendungsfelder in der Zuständigkeit des Freistaates zu identifizieren.

**b) Wer legt diese Strategie fest?**

Die Federführung für die Entwicklung einer Bayerischen Blockchain-Strategie liegt nach Beschluss des Ministerrates vom 02.04.2019 beim Staatsministerium für Digitales, das in diesem Rahmen die weiteren Ressorts beteiligt.

**c) Wie genau möchte die Staatsregierung Bayern zu einem sogenannten Hot-spot in der Blockchain-Strategie machen?**

Die Staatsregierung verfolgt das Ziel, dass sich in Bayern ein international sichtbares Blockchain-Ökosystem herausbilden kann. Es sollen günstige Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass innovative Blockchain-Lösungen in Bayern entwickelt, erprobt und umgesetzt werden. Damit wird eine Grundlage für zukünftige Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze am Standort Bayern gelegt.

Welche konkreten Maßnahmen dafür geeignet sind, wird unter Einbezug von Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden diskutiert und bewertet. Eine wichtige Rolle wird die Vernetzung der verschiedenen Akteure spielen, die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sowie die Sichtbarmachung bereits stattfindender Aktivitäten.

**2. Ab wann möchte die Staatsregierung Blockchain in den Verwaltungen etablieren?**

Ein konkreter Zeitpunkt kann aktuell noch nicht genannt werden. Es wird auf die Antwort auf Frage 1 a verwiesen.

**3. Ist der Staatsregierung bekannt, wie hoch die Kosten hierfür sind?**

Solange keine konkrete Anwendung identifiziert ist, können auch keine Kosten kalkuliert werden.

**4. a) Wann soll eine neue Themenplattform am Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) zum Thema Blockchain entstehen?****b) Wie viele finanzielle Mittel sind hierfür vorgesehen?****c) Wer soll die neue Themenplattform leiten?**

Zur Ausgestaltung einer Themenplattform am Zentrum Digitalisierung.Bayern ist das Staatsministerium für Digitales auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie auf das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zugegangen, um diese Fragen zu klären. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.